

Bundesministerium des Innern

Berlin, 23. Januar 2013

## **Nachbericht zum informellen Treffen der Justiz- und Innenminister am 17./18. Januar 2013 in Dublin**

DEU wurde während des informellen Treffens am ersten Tag durch BM Dr. Friedrich, am zweiten Tag zum Thema Datenschutz durch PSt Dr. Schröder vertreten.

### **Migration und Mobilität für Wachstum**

An das Diskussionspapier der IRL-Ratspräsidentschaft anknüpfend, verwies KOM auf die demografische Entwicklung in der EU und ein damit verbundenes Erfordernis einer gezielten Zuwanderung und wirkungsvollen Integrationspolitik. Auch mehrere MS sprachen sich in der Diskussion für eine solche gezielte Migrationspolitik aus. Um die Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte zu fördern, müsse die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität steigern. Als Maßnahmen hierzu wurden die baldige Verabschiedung der Richtlinien zu konzernintern entsandten Arbeitnehmern (ICT-RL) und Saisonarbeitnehmern sowie die Überarbeitung der Studenten- und Forscher-Richtlinie genannt. Bedeutsam bleibe auch weiterhin die Bekämpfung der illegalen Migration. Die IRL-Ratspräsidentschaft bekräftigte abschließend die Notwendigkeit einer engen Abstimmung zwischen den MS bei der Schaffung von Anreizen für den Zuzug Hochqualifizierter.

### **Nationaler Griechischer Aktionsplan zu Asyl und Migration**

GRC berichtete über Fortschritte bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans. Verbesserungen gebe es beim Zugang zu internationalem Schutz und bei der Grenzüberwachung. Durch verstärkte Polizeikräfte seien die illegalen Grenzübertritte in der Evros-Region deutlich verringert worden. Trotz einer teilweisen Verlagerung der Migrationswege auf den Seeweg sei insgesamt ein deutlicher Rückgang des Zustroms festzustellen. GRC wolle die Rückstände bei den anhängigen Verfahren zeitnah reduzieren und auch die Rückkehrate solle verbessert werden. Jedoch könne die weitere Finanzierung der geplanten Maßnahmen nicht mit den von der EU zur Verfügung gestellten Mitteln gedeckt werden. Mehrere MS (wie auch KOM,

FRONTEX und EASO) bestätigten spürbare Verbesserungen, hielten aber weitere Maßnahmen für erforderlich. Sie hoben die Bedeutung der weiteren Finanzierung hervor und sprachen sich für eine Ausschöpfung aller verfügbaren EU-Mittel aus. KOM sagte auf Bitte der MS eine Prüfung möglicher Finanzmittel aus weiteren Fonds zu.

### **Situation in Syrien**

Während des Mittagessens wurde die aktuelle Situation in SYR thematisiert. Bislang sind insgesamt etwa 25.000 syrische Flüchtlinge in der EU angekommen, in den Nachbarländern SYR haben etwa 700.000 Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Der Hohe Flüchtlingskommissar des UNHCR, Guterres, bat die MS, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und rief zur Aufnahme von insgesamt 500 besonders schutzbedürftigen Personen im Wege des Resettlements auf. DEU hatte bereits zugesagt, hiervon 200 Personen aufzunehmen.

### **Innere Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum**

In der Aussprache wurden die Zusammenhänge zwischen innerer Sicherheit und wirtschaftlichem Wachstum betont. KOM hob die Einrichtung des European Cybercrime Centres und das Korruptionsbekämpfungspaket aus dem Jahre 2011 als wichtige Schritte hervor. Sie kündigte zudem einen Vorschlag zur Überarbeitung der Geldwäscherichtlinie an. IRL-Ratspräsidentschaft plane hierzu die Aufnahme der Verhandlungen im ersten Halbjahr 2013. Ein stabiles und sicheres Umfeld sei eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Mehrere MS hielten diesbezüglich eine effektive Nutzung und Fortführung der bereits ergriffenen Maßnahmen für zielführend. Als bedeutsame Aufgaben wurden die Bekämpfung der Internetkriminalität, die Vermögensabschöpfung und die Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden genannt.

### **Missing Persons Day**

IRL-Ratspräsidentschaft schlug die Einführung eines Gedenktages für „Vermisste Personen“ vor. Die Öffentlichkeit solle hierdurch auf ungeklärte Fälle aufmerksam gemacht und Angehörige über Unterstützung leistende Institutionen informiert werden. IRL-Ratspräsidentschaft kündigte zu ihrem Vorschlag ein Schreiben an die MS an.

## **Terroranschlag in Burgas**

BGR informierte im Rahmen eines eingestuften Briefings über den Anschlag auf israelische Touristen in Burgas am 18. Juli 2012.

## **Datenschutz**

Die Aussprache folgte den drei Fragestellungen des Diskussionspapiers der IRL-Ratspräsidentschaft. Zu sämtlichen Punkten zeichnete sich weiterer Erörterungsbedarf auf Expertenebene ab. KOM betonte die Bedeutung der Herausnahme der Internetaktivitäten von Privatpersonen aus dem Anwendungsbereich der Verordnung. Diese solle nur dort zur Anwendung kommen, wo ein Schutzbedarf der Betroffenen bestehe. DEU plädierte gemeinsam mit mehreren MS für eine Ausweitung der Ausnahme gegenüber der aktuell geltenden Regelung. Seit deren Verabschiedung im Jahr 1995 habe die Nutzung internetbasierter Dienste und Geräte durch Privatpersonen erheblich zugenommen. Das Datenschutzrecht müsse an diese Entwicklung durch eine Reduzierung der Pflichten von Privatpersonen bei rein privaten Betätigungen angepasst werden. DEU verwies zudem auf den notwendigen Ausgleich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung mit der Meinungsfreiheit und anderen kollidierenden Grundrechten. Private Äußerungen sollten nicht dem Datenschutzrecht unterfallen, sondern insbesondere dem Persönlichkeitsschutzrecht im Straf- und Zivilrecht. Zum Recht auf Vergessenwerden erkannte DEU in Übereinstimmung mit der Mehrheit der MS zwar die grundsätzliche Zielrichtung des KOM-Vorschlags an, äußerte aber erhebliche Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Mittel und der Umsetzbarkeit, z.B. zum Umgang mit mehrere Personen betreffenden Daten und kollidierenden Grundrechten, wie der Meinungsfreiheit. Zu den vorgeschlagenen Sanktionen hielten mehrere MS eine Erörterung in Bezug auf deren Verhältnismäßigkeit für geboten und sprachen sich für ein ausgewogenes Modell mit Warnungen und alternativen Sanktionen aus. DEU befürwortete spürbare Sanktionen, insbesondere bei systematischen Verstößen von Unternehmen zur Gewinnsteigerung, regte aber eine Prüfung der Bestimmtheit der Sanktionstatbestände an. Alle drei Themen sollen weiter in der Ratsarbeitsgruppe DAPIX erörtert werden.